WAS BRAUCHT DAS KIND?

Informationen zu den Leistungsansprüchen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung
Einleitung.......................................................................................................................................................... 5

A. Hilfen in und für Tageseinrichtungen für Kinder (Kita)................................................................. 6
1. Rechtsanspruch auf einen Platz in der Kita.................................................................................. 6
2. Erforderliche Unterstützungsleistungen in den Kitas .............................................................. 6
3. Mögliche Kostenträger .................................................................................................................. 6
3.1 Zuständigkeit des Jugendhilfeträgers für Eingliederungshilfe bei seelischer Behinderung ................................................................................................................................. 7
3.2 Zuständigkeit des Sozialhilfeträgers für Eingliederungshilfe bei wesentlicher geistiger und körperlicher Behinderung ........................................................................................................... 7
4. Leistungen der Eingliederungshilfe .............................................................................................. 7
4.1 Inklusionsassistenz in Tageseinrichtungen für Kinder ............................................................... 7
4.2 Inklusionsassistenz in Heilpädagogischen Tageseinrichtungen und heilpädagogischen Gruppen ................................................................................................................................. 8
4.3 Früherkennung und Frühförderung ......................................................................................... 8
5. Andere vorrangige Sozialleistungen ............................................................................................ 10
5.1 Pflegerische Maßnahmen ........................................................................................................ 10
5.2 Sonderfall Verhinderungspflege .......................................................................................... 10
5.3 Heil- und Hilfsmittel ................................................................................................................ 11
5.4 Leistungen nach dem Bildungspaket (SGB II / SGB XII) ...................................................... 11
6. Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern des Landes NRW (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) .................................................................................................................... 12
7. Die LVR-Kindpauschale (FInK) ..................................................................................................... 12
B. Hilfen in und für die Schule ................................................................. 13

1. Allgemeine Schulpflicht ........................................................................ 13
   1.1 Sonderpädagogischer Förderbedarf ................................................ 13
   1.2 Gemeinsame Beschulung an den allgemeinen Schulen ................... 14
   1.3 Förderschulen ............................................................................ 14

2. Erforderliche Unterstützungsleistungen für Kinder und Jugendliche
   während der Schulbildung ................................................................ 14

3. Mögliche Kostenträger ..................................................................... 14
   3.1 Leistungen der Eingliederungshilfe .............................................. 15
   3.1.1 Angemessene Schulbildung und allgemeine Schulpflicht ........... 15
   3.1.2 Angemessene Schulbildung und weiterführende Schulen .......... 15
   3.1.3 Heilpädagogische oder sonstige Maßnahmen ............................ 15
   3.1.4 Maßnahmen der Hilfen zur Schulbildung .................................. 15
   3.1.4.1 Inklusionsassistenz ........................................................... 15
   3.1.4.2 Freizeit und Klassenfahrt.................................................... 16
   3.1.4.3 Sonderfall: Offene Ganztagsschule [OGS] ............................ 17
   3.1.4.4 Fahrtkosten als Eingliederungshilfe ..................................... 17
   3.1.4.5 Sonderfall Internat ............................................................. 17
   3.2 Andere – vorrangige – Sozialleistungen ...................................... 18
   3.2.1 Pflegerische Maßnahmen, Heil- und Hilfsmittel ....................... 18
   3.2.2 Leistungen nach dem Bildungspaket [SGB II, SGB XII] ............. 18
   3.2.3 BAnG-Leistungen ................................................................. 19
   3.3 Hilfen nach dem Schulrecht ......................................................... 19
   3.3.1 Schülerfahrtkosten ................................................................. 19
   3.3.2 Pädagogische Assistenz .......................................................... 20
   3.3.3 Schulische Inklusionspauschale des Landes NRW .................... 20
   3.3.4 LVR-Inklusionspauschale ....................................................... 21

C. Verfahren bei den Sozial- und Jugendämtern .................................... 22

1. Verfahren beim Sozialamt ............................................................... 22
2. Verfahren beim Jugendamt ............................................................. 22
Für Familien mit Kindern bzw. Schülerinnen und Schülern mit Behinderung stellt sich schon sehr früh die Frage, welche Sozialleistungen von ihnen in Anspruch genommen werden können. Spätestens mit Eintritt in die Kindertagesstätte oder die Schule eröffnet sich ihnen – abhängig vom individuellen Förderbedarf – eine weite Landschaft mit vielen Stellen für unterschiedliche Hilfen und Leistungen, in der sich die Familien, aber auch die beteiligten und beratenden Stellen, häufig nur schwer zurechtfinden.


Zu den Leistungen, die Kinder mit Behinderung in Anspruch nehmen können, zählen unter anderem pflegerische Maßnahmen, Hilfs- und Heilmittel, medizinische Rehabilitationsmaßnahmen, heilpädagogische Leistungen, Hilfen zur angemessenen Schulbildung sowie Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft. Schließlich erhalten auch Einrichtungen wie Schulen oder Kindertagesstätten finanzielle Leistungen durch öffentliche Träger, um damit Unterstützungsmaßnahmen für die Kinder und Jugendlichen mit Behinderung finanzieren zu können.
Im Folgenden werden die Leistungen für Kinder mit Behinde-
run, die eine Tageseinrichtung für Kinder (Kita) besuchen, erlautert.

1. Rechtsanspruch auf einen Platz in der Kita
Seit dem 01.08.2013 haben alle Kinder von ihrem ersten Ge-
burtstag an bis zu ihrer Einschulung einen Anspruch auf einen Platz in einer Tageseinrichtung für Kinder oder in einer Kin-
dertagespflege1. Kinder, die das erste Lebensjahr noch nicht vollendet haben, besitzen diesen Anspruch nur, wenn be-
stimmte Voraussetzungen erfüllt sind2. Die Personensorge-
berechtigten müssen z.B. einer Erwerbstätigkeit nachgehen
oder sich in einer beruflichen Bildungsmaßnahme befinden
oder arbeitssuchend sein. Nach dem Kinderbildungsgesetz
NRW (KiBiz) sollen Kinder mit und ohne Behinderung in NRW
grundsätzlich gemeinsam in den Tageseinrichtungen geför-
dert werden3. Um den pädagogischen Mehrbedarf, der bei der Betreuung von Kindern mit Behinderung in der Regel besteht,
auffangen zu können, erhalten Träger eine höhere Pauschale
(siehe Punkt 6), die sie für Personal oder eine Gruppenstär-
kenreduzierung einsetzen müssen. Hierdurch wird der Per-
sonalschlüssel für die pädagogische Arbeit verbessert.

Die Förderung von Kindern in Heilpädagogischen Tagesein-
richtungen, in denen nur Kinder mit Behinderung betreut
werden, soll also nach dem Gesetz die Ausnahme sein. Des-
halb stehen in NRW Plätze in Heilpädagogischen Kinderta-
geseinrichtungen auch nur in begrenztem Umfang zur Ver-
fügung.

2. Erforderliche Unterstützungs-leistungen in den Kitas
Während der Betreuung in den Kitas können für die Kinder
mit Behinderung die verschiedensten Unterstützungslei-
stungen erforderlich sein. Viele Unterstützungsmaßnahmen
werden bereits durch die Kitas bzw. ihre Träger selber ange-
boten, die hierfür bestimmte Fördermittel des Landes oder
z. B. der Landschaftsverbände erhalten (siehe unten). Andere
Leistungen werden von den bestehenden Sozialleistungsträ-
gern (Sozialamt, Jugendamt, Krankenkasse) übernommen.

3. Mögliche Kostenträger
Die Kosten für die erforderlichen Unterstützungsleistungen
können also von verschiedenen Stellen übernommen wer-
Den. Da viele dieser Leistungen ambulante Unterstützungs-
maßnahmen sind, für die kein anderer Sozialleistungsträger
zahlen muss, sind diese oft von den überörtlichen Sozialhilfe-
 trägern und örtlichen Sozialhilfeträgern [Sozialämtern] oder
den örtlichen Jugendhilfeträgern (Jugendämtern) als Ein-
gliederungshilfe zu finanzieren.

Die Unterstützungsleistungen der Eingliederungshilfe sind
dabei jeweils die gleichen, aber wer von diesen Stellen die
Kosten übernehmen muss, richtet sich grundsätzlich nach
der Art der Behinderung der Kinder.

1 § 24 Abs. 2 und 3 SGB VIII
2 § 24 Abs. 1 SGB VIII
3 § 8 KiBiz
3.1 Zuständigkeit des Jugendhilfeträgers für Eingliederungshilfe bei seelischer Behinderung


3.2 Zuständigkeit des örtlichen Sozialhilfeträgers für Eingliederungshilfe bei wesentlicher geistiger und körperlicher Behinderung


4. Leistungen der Eingliederungshilfe

Steht fest, dass die Kinder einen Anspruch auf Eingliederungshilfe haben, kommen insbesondere Maßnahmen zur Teilhabe an der Gesellschaft (soziale Rehabilitation) und heilpädagogische Unterstützungsleistungen in Betracht. Dabei gilt, dass auch wenn die Sozial- und Jugendhilfeträger für sehr viele der in dieser Broschüre beschriebenen Leistungen die Kosten übernehmen, dennoch der Nachrang grundsätzlich der Eingliederungshilfe zu beachten ist. Das bedeutet, dass die Unterstützungsmaßnahmen für die Kinder und Jugendlichen nur vom Sozialamt finanziert werden, wenn keine andere Stelle zur Zahlung verpflichtet ist und den tatsächlichen Bedarf deckt. Gleichzeitig werden die Kosten für die Unterstützungsmaßnahmen grundsätzlich nur dann übernommen, wenn diese nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen der Kinder und Jugendlichen bzw. deren Eltern finanziert werden können.

4.1 Inklusionsassistenz in Tageseinrichtungen für Kinder

Kinder mit Behinderungen in Tageseinrichtungen können bereits Bedarf an einer Inklusionsassistenz als Leistung zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft haben. Hierbei unterstützt die Inklusionsassistenz diese Kinder im Alltag der Tageseinrichtung, insbesondere bei der Kommunikation und im alltäglichen Miteinander.

---

4 § 35 a Abs. 1 SGB VIII
5 § 53 Abs. 1 SGB XII i.V.m. § 2 Abs. 1 SGB IX
6 § 97 Abs. 2 SGB XII i.V.m. § 2 der Ausführungsverordnung zum SGB XII NRW [AV-SGB XII]
7 § 53 Abs. 3 SGB XX, § 35a SGB VIII
8 § 2 SGB XII
Die Einsatzmöglichkeiten der Inklusionsassistenz sind vielfältig und orientieren sich an dem jeweiligen Bedarf im Tagesablauf. In der juristischen Fachliteratur werden beispielhaft folgende Einsatzmöglichkeiten genannt:

- Betreuung
- Kontrolle und Einflussnahme auf das Verhalten
- Führen von Einzelgesprächen in kritischen Situationen
- Angebot einer konkreten Bezugsperson
- Gebärdensprachliche Assistenz
- Unterstützung bei der Kommunikation
- Beaufsichtigung zur Vermeidung von Selbstgefährdung
- Hilfe bei alltäglichen Verrichtungen
- Pflegerische Unterstützung beim An- und Auskleiden, bei Toilettengängen und Mahlzeiten
- Unterstützung im Bewegungsbad und bei der Nutzung des Therapiefahrrads


4.2 Inklusionsassistenz in Heilpädagogischen Tageseinrichtungen und heilpädagogischen Gruppen


4.3 Früherkennung und Frühförderung

Es ist heute anerkannt, dass es besonders wichtig ist, Entwicklungsmaßnahmen für Kinder möglichst frühzeitig zu beginnen. Früherkennung und Frühförderung werden daher in Form einer Komplexeleistung erbracht. Dabei werden medizinische, nichtärztliche und heilpädagogische Leistungen als gemeinsame Aufgabe der verschiedenen Sozialleistungs- bzw. Rehabilitationsträger aufgefasst.

Unter die Frühförderungsverordnung fallen pädagogische und (medizinisch-) therapeutische Maßnahmen für Kinder mit einer Behinderung und für Kinder, die von einer Behinderung bedroht sind. Diese Maßnahmen reichen von der Geburt bis zum Eintritt in die Kindertagesstätte oder in die Schule. Zur Früherkennung und Frühförderung gehören Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und heilpädagogische Leistungen, die regelmäßig in interdisziplinären Frühförderstellen und sozialpädiatrischen Zentren erbracht werden. Nach der Frühförderungsverordnung umfassen „die im Rahmen von Leistungen zur medizinischen Rehabilitation zur Früherkennung und Frühförderung zu erbringenden medizinischen Leistungen insbesondere"

9 §§ 53 Abs. 3, 54 Abs. 1 SGB XII i.V.m. §§ 55 Abs. 2 Nr. 2, 56 SGB IX
10 § 32 Abs. 1 SGB IX
11 § 5 Frühförderungsverordnung i.V.m. §§ 53, 54 SGB XII i.V. § 30 SGB IX
• ärztliche Behandlung einschließlich der zur Früherkennung und Diagnostik erforderlichen ärztlichen Tätigkeiten,
• nichtärztliche sozialpädagogische Leistungen, psychologische, heilpädagogische und psychosoziale Leistungen, soweit und solange sie unter ärztlicher Verantwortung erbracht werden und erforderlich sind, um eine drohende oder bereits eingetretene Behinderung zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu erkennen und einen individuellen Förder- und Behandlungsplan aufzustellen,
• Heilmittel, insbesondere physikalische Therapie, Physiotherapie, Stimm-, Sprech- und Sprachtherapie sowie Beschäftigungstherapie, soweit sie auf Grund des Förder- und Behandlungsplans nach § 7 Abs. 1 erforderlich sind.

Darüber hinaus gehört zu diesen Leistungen auch die Beratung der Personensorgeberechtigten.

Die Frühförderverordnung versteht zudem unter den heilpädagogischen Leistungen „alle Maßnahmen, die die Entwicklung des Kindes und die Entfaltung seiner Persönlichkeit mit pädagogischen Mitteln anregen, einschließlich der jeweils erforderlichen sozial- und sonderpädagogischen, psychologischen und psychosozialen Hilfen sowie die Beratung der Personensorgeberechtigten.“


Leistungen zur Früherkennung und Frühförderung beschränken sich zunächst auf die unter ärztlicher Verantwortung erbrachten medizinischen Maßnahmen (§ 30 SGB IX).

Werden ausschließlich heilpädagogische Leistungen in An- spruch genommen, ohne dass diese Bestandteil der Komplexleistungen sind, können diese als Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft nach § 54 SGB XII i.V.m. §§ 55 Abs. 2 Nr. 2, 56 SGB IX ebenfalls von den überörtlichen Sozialhilfeträgern übernommen werden. Diese, nicht einer Komplexleistung zugehörigen heilpädagogischen Maßnahmen, werden aber immer nur an schwerstbehinderten und schwerstmehrfachbehinderten Kindern, die noch nicht eingeschult sind, erbracht.

Seh- und hörgeschädigte Kinder

---

12 § 6 Frühförderverordnung i.V.m. § 56 SGB IX
13 vgl. auch § 26 Abs. 2 Nr. 2 SGB IX. Dies gilt auch für den Fall, dass die Leistungen im Rahmen von Eingliederungshilfe erbracht werden.
14 § 19 Abs. 10 SchulG NRW, § 22 AO-SF – Verordnung über die sonderpädagogische Förderung, den Hausunterricht und die Schule für Kranken [Ausbildungsordnung sonderpädagogische Förderung]
15 § 22 Abs. 2, Satz 3 AO-SF
pädagogische Frühförderung bei dem Schulamt zuerst beantragt. Das Schulamt entscheidet dann über die Aufnahme.

5. Andere vorrangige Sozialleistungen

5.1 Pflegerische Maßnahmen
Neben den o.g. unterstützenden Leistungen haben Kinder mit Behinderungen oftmals Bedarf an krankheitsbedingten, besonderen pflegerischen Maßnahmen. Dabei kann es unumgänglich sein, dass die Kinder in der Kita hierfür z.B. von Krankenpflegerinnen oder Krankenpflegern begleitet werden. Unter folgenden Voraussetzungen müssen die gesetzlichen Krankenkassen diese Pflegemaßnahmen vergüten:

- Die Pflegemaßnahmen wurden ärztlich verordnet (Rezept) und die Pflegemaßnahmen dürfen nicht nur aufgrund oder nur während des Besuchs einer Kita erforderlich sein, sondern auch dann, wenn die Kinder sich statt dessen während dieser Zeit an einem anderen Ort aufhalten würden (= dauerhaft)
- und die Pflegemaßnahmen erfolgen entweder zur Sicherung des Ziels der ärztlichen Behandlung [Behandlungssicherungspflege]14, hierunter fallen z.B. [Insulin-]Injektionen, Medikamentengabe, Katheterisierung und erforderliche Beobachtungen der Kinder [Beatmung]


5.2 Sonderfall Verhinderungspflege
Wenn Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen bzw. pflegen (häusliche Pflege), wegen Erholungsurlaubes, Krankheit oder aus anderen Gründen an der Pflege gehindert sind, dann übernehmen die Pflegekassen die Kosten einer notwendigen Ersatzpflege für längstens 4 Wochen je Kalenderjahr [Verhinderungspflege]18. Voraussetzungen sind, dass

- für die zu pflegenden Kinder und Jugendlichen eine Pflegestufe der Stufen I – III oder eine erheblich eingeschränkte Alltagskompetenz (Pflegestufe 0) festgestellt worden ist,
- die Pflege zu Hause bereits länger als ein halbes Jahr dauert.

Wenn die Ersatzpflege durch Pflegefachkräfte z.B. eines ambulanten Pflegedienstes übernommen wird, dann stehen pro Kalenderjahr 1.550,00 € dafür zur Verfügung. Das gilt auch, wenn die Ersatzpflege durch entferntere Verwandte, die nicht mit den pflegebedürftigen Kindern und Jugendlichen bis zum zweiten Grad verwandt sind, durchgeführt wird.

Die Inanspruchnahme von Verhinderungspflege ist grundsätzlich auch stundenweise, auf einzelne Tage verteilt, mög-

14 § 37 Abs. 2 SGB V
17 ebenda
18 § 39 SGB XI
lich. Auch die Betreuung von Kindern und Jugendlichen durch Ersatzpflegepersonen bei mehrtägigen Ferienfahrten und Ferienaufenthalten kann als Verhinderungspflege finanziert werden.

Dies folgt aus der Zielrichtung der Leistung, die zum einen die pflegerische Betreuung der Kinder und Jugendlichen sicherstellen soll. Zum anderen aber auch der Entlastung der Pflegepersonen (Eltern) dient, die sonst die Pflege sicherstellen. Aus diesem Grund kann eine Anrechnung auf andere Sozialleistungen nicht erfolgen.


5.3 Heil- und Hilfsmittel

Kinder und Jugendliche mit bestimmten Behinderungen bzw. Erkrankungen, z.B. Entwicklungsstörungen, Störungen der Sprache, Verhaltens- oder emotionalen Störungen, benötigen auch bestimmte medizinisch-therapeutische Dienstleistungen, die so genannten Heilmittel. Hierunter fallen die Ergotherapie, die Logopädie, die Physiotherapie und die Podologie. Heilmittel werden durch den behandelnden Arzt verordnet (Rezept) um

- eine Krankheit zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten,
- Krankheitsbeschwerden zu lindern,
- eine Schwächung der Gesundheit zu beseitigen,
- der Gefährdung der gesundheitlichen Entwicklung eines Kindes entgegen zu wirken
- oder Pflegebedürftigkeit zu vermeiden oder zu mindern.

Welche Heilmittel durch die Ärzte verordnet werden können, regelt die Heilmittel-Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses der Gesetzlichen Krankenversicherung. Das Gesamtverzeichnis aller Heilmittel findet sich im Heilmittelkatalog. Die Abrechnung erfolgt über die Krankenkassen.


5.4 Leistungen nach dem Bildungspaket (SGB II / SGB XII)

Die Leistungen aus dem Bildungspaket werden zwar im Wesentlichen für Schülerinnen und Schüler erbracht. In bestimmten Bereichen können aber auch Kinder, die noch nicht eine Schule besuchen, die Zuschüsse erlangen.

Hierzu gehören:

- **Zuschuss zum gemeinschaftlichen Mittagesen:** Soweit Aufwendungen für ein gemeinschaftliches Mittagesen entstehen, gibt es einen Zuschuss. Die Eltern tragen jedoch einen Eigenanteil in Höhe von einem Euro pro Essen und Tag.
- **Sport, Vereine, Kultur:** Um Kindern und Jugendlichen auch die Teilnahme an Freizeitangeboten zu ermöglichen, werden die Kosten hierfür in Höhe von maximal 10 Euro monatlich übernommen. In Betracht kommen z.B. Sportvereine, Musikschulen und die Teilnahme an organisier- ten Freizeiten.
- **Ausflüge:** Die Übernahme der Kosten eintägiger Ausflüge in Kindertagesstätten ist möglich.

19 §§ 27, 32 SGB V i.V.m. der Heilmittelrichtlinie

20 Den Heilmittelkatalog kann man kostenfrei auf den Seiten des GKV Spitzenverbandes herunterladen oder ausdrucken.

21 § 28 Abs. 2 SGB II / § 34 Abs. 2 SGB XII
Hinsichtlich der Antragstellung und zu den allgemeinen Vor- aussetzungen bestehen keine Unterschiede zum Antragsver- fahren für Schülerinnen und Schüler (s. Teil B.).

6. Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern des Landes NRW (Kinderbildungsge- setz – KiBiz)

7. Die LVR-Kindpauschale (FlInK)
Die LVR-Kindpauschale wird nicht unmittelbar an die Kinder bzw. die Eltern, sondern an die Tageseinrichtungen gezahlt, die sich für die Bildung und Betreuung von Kindern mit Be- hinderung entscheiden, damit diese insbesondere zusätz- liche Fachkräftestunden finanzieren können. Träger von solchen Einrichtungen können daher für Kinder mit einer wesentlichen Behinderung und Kinder, die von einer wesent- lichen Behinderung bedroht sind, beim Landschaftsverband Rheinland eine Zuwendung in Höhe von 5.000,- € pro Kind und Kindergartenjahr beantragen, wenn sie bestimmte Rah- menbedingungen erfüllen.

Der Antrag ist bis zum 15.04. eines jeden Jahres für das nach- folgende Kindergartenjahr beim LVR-Landesjugendamt unter Verwendung eines Vordrucks zu stellen.

B. Hilfen in der Schule

Im Nachfolgenden erläutern wir die Leistungen für Kinder mit Behinderung, die bereits eine Schule besuchen oder die zeitnah eine Schule besuchen werden.

1. Allgemeine Schulpflicht

1.1 Sonderpädagogischer Förderbedarf
Grundsätzlich entscheiden die Eltern bzw. Sorgeberechtigten, welche Schule ihre Kinder besuchen.


---

22 § 19 SchulG NRW
23 § 19 Abs. 5 SchulG
1.2 Gemeinsame Beschulung an den allgemeinen Schulen

In NRW findet die sonderpädagogische Förderung seit dem 01.08.2014 in der Regel in den allgemeinen Schulen statt\textsuperscript{24}. Allgemeine Schulen sind die Grund- und weiterführenden Schulen – also Haupt-, Real-, Sekundar-, Gesamtschule, die Gymnasien und die Berufskollegs\textsuperscript{25}. Aber auch Privatschulen (genehmigte Ersatzschulen\textsuperscript{26}) werden zu den allgemeinen Schulen gerechnet. Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung werden also regelmäßig gemeinsam an den allgemeinen Schulen unterrichtet\textsuperscript{27}. Kinder mit sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf werden jedoch dort besonders gefördert. Wenn sie nicht nach den Unterrichtsvorgaben der allgemeinen Schulen unterrichtet werden können, werden sie zu eigenen Schulabschlüssen geführt\textsuperscript{28}. Die Eltern können aber auch spezielle Förderschulen als Unterrichtsort für ihre Kinder wählen. Nur in besonderen Ausnahmefällen kann die Schulaufsichtsbehörde von der Wahl der Eltern abweichen und die Beschulung der Kinder und Jugendlichen an einer Förderschule oder allgemeinen Schule bestimmen\textsuperscript{29}.

1.3 Förderschulen


2. Erforderliche Unterstützungsleistungen für Kinder und Jugendliche während der Schulpflicht

Kinder und Jugendliche mit Behinderungen können für den Besuch der Schule die verschiedensten Unterstützungsleistungen benötigen. Für einige dieser Leistungen muss die Schule bzw. der Schulträger (meist Kommune) und/oder das für Personalkosten des Lehrkörpers zuständige Land sorgen. Etwa für bauliche Anforderungen an das Schulgebäude oder die Ausbildungen und Quantität der Lehrkräfte oder des pädagogischen Personals. Andere Leistungen werden durch die Sozialleistungsträger (Sozialamt, Jugendamt, Krankenkasse, Arbeitsagentur) übernommen.


3. Mögliche Kostenträger

Die erforderlichen Unterstützungsmaßnahmen für Schülerinnen und Schüler mit Behinderung werden ebenfalls von verschiedenen Stellen übernommen. Wenn es sich dabei um

\textsuperscript{24} § 20 Abs. 1 SchulG NRW
\textsuperscript{25} § 20 Abs. 1 SchulG NRW
\textsuperscript{26} §§ 101 Abs. 1, 102 Abs. 1 SchulG NRW
\textsuperscript{27} § 20 Abs. 2 SchulG NRW
\textsuperscript{28} §§ 12 Abs. 4 und 19 Abs. 4 SchulG NRW
\textsuperscript{29} § 20 Abs. 4 SchulG NRW
\textsuperscript{30} § 41 Abs. 3 AO-SF
\textsuperscript{31} § 35 Abs. 3 AO-SF
Leistungen der Eingliederungshilfe handelt, werden diese entweder von den örtlichen Jugendhilfeträgern oder aber den örtlichen oder überörtlichen Sozialhilfeträgern (örtliches Sozialamt, Landschaftsverbände) finanziert. Die Jugendhilfeträger sind dabei grundsätzlich zuständig für die Kinder mit allein seelischer Behinderung, die örtlichen und überörtlichen Sozialhilfeträger für die Kinder mit wenigstens einer geistigen oder körperlichen Behinderung (siehe oben Teil A Ziffer 3.1 und 3.2).

3.1 Leistungen der Eingliederungshilfe
Wenn feststeht, dass die Kinder und Jugendlichen einen Anspruch auf Eingliederungshilfe haben, erhalten sie Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung\(^{32}\), insbesondere im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht und zum Besuch weiterführender Schulen.

3.1.1 Angemessene Schulbildung und allgemeine Schulpflicht
Während der Dauer der allgemeinen Schulpflicht (10 Schuljahr) ist eine Schulbildung dann angemessen, wenn aufgrund einer fachlichen Prognose die Aussicht besteht, dass die Schülerinnen und Schüler aufgrund ihrer Fähigkeiten und Leistungen in der Lage sein werden, mit den erforderlichen Unterstützungsmassnahmen den angestrebten Schulabschluss zu erreichen.

3.1.2 Angemessene Schulbildung und weiterführende Schulen
Für folgende Schulabschlüsse werden die erforderlichen Unterstützungsmassnahmen nur finanziert, wenn nach den Fähigkeiten und den Leistungen der Schülerinnen und Schüler zu erwarten ist, dass sie das Bildungsziel erreichen werden\(^{33}\):

- Realschulen
- Gesamtschulen
- Sekundarschulen
- Gymnasien
- Schulen des zweiten Bildungsweges
- Kollegs
- Fachoberschulen und
- Berufsoberschulen

3.1.3 Heilpädagogische oder sonstige Maßnahmen
Zu den Unterstützungsmassnahmen für die Schulausbildung gehören auch heilpädagogische oder sonstige Maßnahmen für behinderte Kinder und Jugendliche, wenn diese erforderlich und geeignet sind, den Schulbesuch zu ermöglichen oder zu erleichtern\(^{34}\). Den heilpädagogischen Maßnahmen können Maßnahmen im Schwerpunkt Familientherapie, Elterntraining, pädagogische und verhaltenstherapeutische Maßnahmen zugeordnet werden.

3.1.4 Maßnahmen der Hilfen zur Schulpflicht
Zu den Unterstützungsmassnahmen gehören ebenfalls solche Hilfen zur Schulpflicht für behinderte Kinder und Jugendliche, wenn diese erforderlich und geeignet sind, eine im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht üblicherweise erreichbare Bildung zu ermöglichen\(^{35}\). Hierzu gehören

- die Finanzierung von unterstützenden Hilfen z.B. Inklusionsassistenz
- die Finanzierung von ergänzenden Hilfen z.B. Fahrkosten für eine erforderliche Begleitperson

3.1.4.1 Inklusionsassistenz
Ein im schulischen Bereich oft zitiertes Instrument ist die Inklusionsassistenz. Ihr Ziel ist es, die Kinder und Jugendlichen mit Behinderung beim Erreichen des allgemeinbildenden Schulabschlusses zu begleiten, um ihnen eine weitestgehend selbstständige Lebensführung zu ermöglichen. Hierzu unterstützen die Inklusionsassistentinnen und Inklusionsassistenten Kinder und Jugendliche mit körperlichen, seelischen, geistigen Behinderungen, die eine allgemeine Schule

\(^{32}\) § 54 Abs. 1 Nr. 1 SGB XII

\(^{33}\) § 54 Abs. 1 Nr. 1 SGB XII i.V.m. § 12 Nr. 3 EinglH-VO

\(^{34}\) § 54 Abs. 1 Nr. 1 SGB XII i.V.m. § 12 Nr. 1 EinglH-VO

\(^{35}\) § 54 Abs. 1 Nr. 1 SGB XII i.V.m. § 12 Nr. 2 EinglH-VO
besuchen. Es ist aber auch denkbar, dass Kinder, die eine Förderschule besuchen, eine Inklusionsassistenz bekommen können. Voraussetzung ist, dass die Förderschule den individuellen Unterstützungsbedarf des Kindes nicht abdecken kann.

**Mögliche Unterstützungsleistungen der Inklusionsassistenz**

Die Inklusionsassistenz kann sowohl pflegerische Hilfen leisten als auch andere Unterstützungsleistungen während des Unterrichtes. Sie ersetzt hierbei jedoch grundsätzlich nicht die unterrichtende Tätigkeit des Lehrpersonals, sondern soll die Schülerinnen und Schüler bei der alltäglichen Bewältigung des schulischen Alltags unterstützen. In der juristischen Fachliteratur werden beispielhaft folgende Unterstützungsleistungen genannt:

- Betreuung während des Unterrichts
- Unterstützung beim pünktlichen Erscheinen im Unterricht
- Ein- und Auspacken des Ranzens
- Organisation des schulischen Arbeitsplatzes
- Kontrolle und Einflussnahme auf das Verhalten
- Führen von Einzelgesprächen in kritischen Situationen
- Abschreiben von Informationen von der Tafel
- Gestaltung der Schulpausen des Kindes
- Angebot einer konkreten Bezugsperson
- Gebärdensprachliche Assistenz
- Simultane Übersetzung des Unterrichts
- Unterstützung beim Aufgabenverständnis und bei der Konzentration
- Unterstützung der Integration im Klassen- und Schulverband
- Unterstützung bei der Kommunikation
- Beaufsichtigung zur Vermeidung von Selbstdurchführung
- Hilfe bei alltäglichen Verrichtungen
- Pflegerische Unterstützung beim An- und Auskleiden, bei Toilettengängen und Mahlzeiten
- Unterstützung im Bewegungsbad und bei der Nutzung des Therapiefahrrads
- Unterstützung bei außerschulischen Aktivitäten, z. B. Klassenausflug oder
- medizinisch geschulte Begleitperson im Schülerspezialverkehr

Die Kosten für die Inklusionsassistenz werden von den örtlichen oder überörtlichen Trägern der Sozialhilfe (Sozialamt) oder Jugendhilfeträgern (Jugendamt) als ambulante Eingliederungshilfe finanziert. Die Zuständigkeit des überörtlichen Trägers liegt dann vor, wenn das Kind in einer Wohneinrichtung lebt. Lebt das Kind in seiner Herkunftsfamilie, ist der örtliche Träger der Sozialhilfe zuständig.

3.1.4.2 Freizeit und Klassenfahrten

Bei Klassenfahrten handelt es sich in der Regel um schulische Pflichtveranstaltungen. Eventuell anfallende Teilnahmegebühren oder Beiträge können unter bestimmten Voraussetzungen nach dem Bildungspaket finanziert werden (siehe unten 3.4.2.)


Der Träger, der die Inklusionsassistenz an der Schule finanziert, finanziert diese auch während der Klassenfahrten und Schulausflüge.

Aber auch wenn die Ausflüge/Freizeiten ausnahmsweise nicht unter die Schulpflicht fallen – z. B. die Teilnahme an


3.1.4.3 Sonderfall: Offene Ganztagsschule (OGS)
Im Unterschied zur Ganztagsschule orientiert sich die OGS überwiegend an der Unterrichtsstruktur der Halbtagsschule, bietet aber ein zusätzliches, freiwilliges Nachmittags-Programm an. Das Ziel ist es, Unterricht sowie ihn ergänzende und erweiternde allgemein bildende Angebote von außerschulischen Partnern zu einem Gesamtkonzept von Bildung, Erziehung und Betreuung zusammenzuführen und Schule als verlässlichen Lern- und Lebensraum für Schülerinnen und Schüler weiterzuentwickeln. Dazu gehört gerade auch die Wahrnehmung von Freizeitanbieten. Auch hierfür kann die Begleitung durch eine Inklusionsassistenz erforderlich sein. Da der Besuch der OGS aber freiwillig ist und nicht der allgemeinen Schulpflicht unterliegt (siehe oben 3.3.1), sind die Jugendhilfe- und Sozialhilfeträger nicht automatisch verpflichtet, die Kosten einer dortigen Inklusionsassistenz zu übernehmen. Die Schülerinnen und Schüler bzw. die Eltern müssen zuvor darlegen, dass es für ihr Kind erforderlich ist, eine OGS zu besuchen, um das Bildungserlebnis zu ermöglichen (besser im Unterricht mitkommen, Klassenziel erreichen etc.). Dann können die Leistungen durch den örtlichen Sozialhilfeträger im Rahmen der angemessenen Schulbildung bezahlt werden. An diesen Kosten müssen sich die Eltern der Kinder und Jugendlichen dann nicht beteiligen.

3.1.4.4 Fahrtkosten als Eingliederungshilfe
Die Kosten für die Beförderung der Schülerinnen und Schüler zur Schule werden in aller Regel durch die Schulleitung erstattet, das gilt auch für die Fahrtkosten der Begleitpersonen [siehe unten Ziffer 3.3.1]. Die Personalkosten für medizinisch geschultes Begleitpersonal sind allerdings nicht vom Schulleitung zu übernehmen. Wenn die Schülerinnen und Schüler z.B. auf den Weg zu ihrer Schule einer besonders geschulten, persönlichen Assistenz bedürfen, z.B. weil sie betreut werden müssen, dann können diese Leistungen als Eingliederungshilfe von den örtlichen Sozialhilfeträgern38 [Sozialamt] oder aber im Rahmen der Krankenversorgung von der gesetzlichen Krankenkasse übernommen werden.

3.1.4.5 Sonderfall Internat

Für Kinder und Jugendliche mit einer geistigen Behinderung ist im Rheinland ein ausreichendes Angebot an allgemeinen Schulen mit inklusiver Förderung und Förderschulen vorhanden, so dass ein Bedarf an einer Internatsbetreuung in aller Regel nicht besteht.

• Für Kinder und Jugendliche mit einer körperlichen Behinderung besteht ein ausreichendes Angebot an allgemeinen Schulen, in denen die Beschulung vorgenommen

37 § 53 Abs. 1 SGB XII
38 § 54 Abs. 1 Nr. 1 SGB XII i.V.m. § 22 EinglHVO
39 § 53, 54 Abs. 1 SGB XII i.V.m. § 12 EinglHVO
werden kann und an entsprechenden Förderschulen. Überdies werden durch bauliche Maßnahmen weitere allgemeine Schulen behindertengerecht – im Sinne von barrierefrei – ausgestaltet.40
• Für Seh- und hörgeschädigte Kinder und Jugendliche ist – derzeit – noch kein flächendeckendes Schulangebot in NRW vorhanden, so dass hier oft ein Anspruch auf Übernahme der Internatskosten in Betracht kommt.

Die Betreuung in einem Internat ist eine vollstationäre Leistung der Eingliederungshilfe, so dass die überörtlichen Träger der Sozialhilfe, also die Landschaftsverbände, hierfür grundsätzlich zuständig sind. Ist die Internatsbetreuung hingegen für Kinder und Jugendliche mit einer ausschließlich seelischen Behinderung erforderlich, ist der Jugendhilfeträger zuständig (siehe Teil A Ziffer 3.1). In beiden Fällen sind die BAföG-Ämter für die Internatskosten zuständig, wenn die Voraussetzungen nach dem BAföG gegeben sind (Einkommen unter bestimmter Grenze, keine angemessene andere Beschulung möglich etc.).

3.2 Andere – vorrangige – Sozialleistungen

3.2.1 Pflegerische Maßnahmen, Heil- und Hilfsmittel
Ebenso wie Kinder mit Behinderung in der Frühförderung bzw. beim Besuch von Kitas können auch Schülerinnen und Schüler während des Schulbesuchs einen Anspruch auf pflegerische Leistungen sowie Heil- und Hilfsmittel der gesetzlichen Krankenversicherung haben.

Die Voraussetzungen und Zuständigkeiten entsprechen den bereits oben beschriebenen Voraussetzungen und Zuständigkeiten bei der Inanspruchnahme durch Kinder mit Behinderung bei dem Besuch von Kitas, so dass hier auf die obigen Erläuterungen verwiesen wird (siehe Teil A Ziffer 5.1 ff). Hinsichtlich der Behandlungssicherungspflege gilt, dass die Pflegemaßnahmen nicht schulgebunden sein dürfen, also nicht nur zur Bewältigung des Schulalltages erfolgen, sondern genauso erforderlich sein müssen, wenn sich die betroffenen Schülerinnen und Schüler an Stelle des Schulbesuchs während dieser Zeit an einem anderen Ort aufhalten würden.

3.2.2 Leistungen nach dem Bildungspaket [SGB II, SGB XII]
Das Bildungspaket der Bundesregierung, das auch Eingang in die Sozialgesetzbücher II und XII gefunden hat, gilt für alle Familien, die Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Sozialhilfe oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz41, den Kinderzuschlag nach dem Bundeskindergeldgesetz (BKGG) oder Wohngeld beziehen und steht auch für Familien mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderung zur Verfügung, die die vorgenannten Voraussetzungen erfüllen.

Während nach dem SGB II oder dem SGB XII die Kinder und Jugendlichen unmittelbar anspruchsberechtigt sind, steht der Anspruch nach dem BKGG den Kindergeldberechtigten, also in der Regel den Eltern zu.


40 Vgl. Gesetz zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion (SchulInklAufwFöG NW)
41 §§ 2,3 AsylbLG
Zu den Leistungen gehören grundsätzlich:

- **Schulbedarf und Ausflüge**: Um bedürftige Kinder mit den nötigen Lernmaterialien auszustatten, können diese zweimal jährlich einen Zuschuss erhalten: zu Beginn des Schuljahres 70 Euro und jeweils im Februar darauf 30 Euro. Mehrtägige Klassenfahrten werden ebenfalls erstattet.

Darüber hinaus ist auch die Übernahme der Kosten einstößiger Schulausflüge möglich.

- **Schülerbeförderungskosten**: Wer für den Schulbesuch der Schülerbeförderung bedarf, kann einen Zuschuss beantragen – soweit diese Kosten nicht aus eigenem Budget oder durch anderweitige Zahlungen abgedeckt werden.

- **Lernförderung**: Die Kosten einer Lernförderung können übernommen werden, wenn das Lernziel nur mittels einer solchen Förderung erreicht werden kann. Dies muss durch eine Bestätigung der Schule, dass keine schulischen Angebote vorliegen und der Bedarf für eine Lernförderung besteht, nachgewiesen werden.


- **Sport, Vereine, Kultur**: Um Kindern und Jugendlichen auch die Teilnahme an Freizeitangeboten zu ermöglichen, werden die Kosten hierfür in Höhe von maximal 10 Euro monatlich übernommen.

In Betracht kommen z. B. Sportvereine, Musikschrullen und die Teilnahme an organisierten Freizeiten.

Leistungen aus dem Bildungspaket werden grundsätzlich nur auf Antrag erbracht. Hinsichtlich der Antragstellung ist zu beachten, dass die Kreise und kreisfreien Städte die Umsetzung des Bildungspakets selbst organisieren. Es kann daher Unterschiede hinsichtlich der Verfahrensgestaltung geben. Die zuständigen Ansprechpartner können beim Jobcenter (das auch für Empfänger von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld der zuständige Ansprechpartner ist), den Kreisen oder kreisfreien Städten erfragt werden.

### 3.2.3 BAföG-Leistungen


### 3.3 Hilfen nach dem Schulrecht

Einige Leistungen sind auch von den Schulen selber bzw. den jeweiligen Schulträgern zu finanzieren.

#### 3.3.1 Schülerfahrtkosten

Für Schülerinnen und Schüler, die aufgrund einer geistigen oder körperlichen Behinderung ein Verkehrsmittel benutzen müssen, werden die Fahrtkosten erstattet\(^2\). Das gilt auch, wenn die Schülerinnen und Schüler Verkehrsmittel aus nicht nur vorübergehenden gesundheitlichen Gründen benutzen müssen. Die Fahrtkosten für eine notwendige Begleitperson werden ebenfalls erstattet\(^3\).

---

\(^2\) § 6 Schülerfahrtkostenverordnung (SchfkVO)

\(^3\) § 11 SchfkVO
Für alle übrigen Schülerinnen und Schüler werden die Fahrtkosten erstattet, wenn der Schulweg (kürzester Fußweg zwischen Wohnung und Schule)

- in der Primarstufe mehr als 2 km
- in der Sekundarstufe I sowie der Klasse 10 am Gymnasium mehr als 3,5 km
- in der Sekundarstufe II mehr als 5 km
- jeweils für eine einfache Strecke beträgt.


Die Schülerfahrtkosten werden von dem Schulträger – ggf. unter Berücksichtigung eines Eigenanteils, der durch die Eltern zu zahlen ist – der besuchten Schule übernommen, wenn die nächstgelegene Schule ist.

### 3.3.2 Pädagogische Assistenz

Das Schulgesetz NRW beinhaltet die ausdrückliche Feststellung, dass Kosten für die individuelle Betreuung und Begleitung einer Schülerin oder eines Schüler, durch die die Teilnahme am Unterricht in der allgemeinen Schule, der Förder- oder der Schule für Kranke erst ermöglicht wird, nicht zu den Schulkosten gehören.\(^{44}\)

Dies bedeutet, dass die Kosten z. B. für Inklusionsassistenten nicht von der Schule bzw. dem Schulträger übernommen werden müssen.

Ist jedoch der Kernbereich der pädagogischen Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer an der jeweiligen Schule betroffen, überragt die persönliche Assistenz also (auch teilweise) die Unterrichtszeitung, ist nach der Rechtsprechung nicht abschließend geklärt, wer in der Pflicht steht, ob der örtliche Sozialhilfeträger oder das Land NRW.

Das ist dann der Fall, wenn

- die persönliche Assistenz durch eine pädagogische Fachkraft erfolgt und
- diese im Unterricht ganz oder teilweise die Wissensvermittlung und deren Einübung gegenüber den Schülerinnen und Schülern vornimmt oder daran beteiligt ist.

### 3.3.3 Schulische Inklusionspauschale des Landes NRW

Im Gesetz über die Schulische Inklusionspauschale\(^{45}\) werden Finanzmittel für Sachkosten nach § 94 Abs. 1 SchulG NRW für bestimmte Sachkosten\(^{46}\) zur Verfügung gestellt, um die baulichen Voraussetzungen für inklusiven Unterricht zu schaffen. Hierbei werden diese Mittel unabhängig davon gewährt, ob die Kinder oder Jugendlichen mit Behinderung erstmalig in der Schule aufgenommen werden oder ob sie die Schule bereits besuchen. Die zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von insgesamt 25 Millionen Euro jährlich werden anhand der Schülerzahlen der allgemeinen Schulen der Primarstufe und der Sekundarstufe I in Trägerschaft der Gemeinden und Kreise verteilt.


---

\(^{44}\) § 92 Abs. SchulG NRW

\(^{45}\) Gesetz zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion (SchulInklAufwFoG NW)

\(^{46}\) Es handelt sich um Sachkosten i.S.d § 94 SchulG NRW
Nach der Gesetzesbegründung fallen hierunter Aufwendungen für Schulsozialarbeit, Schulpyschologie und Ganztagsbetreuungen, nicht jedoch Leistungen für Inklusionsassistenz.

Zur Erreichung dieses Ziels zahlt das Land jedes Jahr insgesamt 10 Millionen Euro je zur Hälfte an die Kreise bzw. kreisfreien Städte und die Gebietskörperschaften mit eigenem Jugendamt. Ein gesondertes Antragsverfahren für die Abfrage der Mittel sieht das Gesetz nicht vor.

3.3.4 LVR-Inklusionspauschale

Die Förderung ist bedarfsorientiert und kann nur vor der Aufnahme der Schülerin bzw. des Schülers beantragt werden. Aus Mitteln der LVR-Inklusionspauschale können für den Unterrichtsbesuch an allgemeinen Schulen sächliche Ausstattung und barrierefreie Herrichtungen der Räumlichkeiten gefördert werden.\(^{47}\)

---

\(^{47}\) Der Antrag ist bis zum 31.05. des Jahres bei der Stabsstelle Inklusion des LVR-Dezernats Schulen und Integration unter Verwendung eines Vordrucks zu stellen. Die Förderung wird in Abhängigkeit von der Anzahl der eingegangenen Anträge entweder in voller Höhe oder in Form einer Anteilsfinanzierung gewährt.

1. Verfahren beim Sozialamt

2. Verfahren beim Jugendamt
Auch die Leistungen der Jugendhilfe sind grundsätzlich nicht von einer förmlichen schriftlichen Antragstellung abhängig. Es reicht aus, wenn die Personensorgeberechtigten eine eindeutige Willensbekundung zum Hilfebedarf abgeben.


48 § 18 Abs.1 SGB XII
47 § 35 a SGB VIII
Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) arbeitet als Kommunalverband mit rund 18.000 Beschäftigten für die 9,4 Millionen Menschen im Rheinland.

Mit seinen 40 Schulen, zehn Kliniken, 19 Museen und Kultureinrichtungen sowie mit seinem Heilpädagogischen Netzwerk und dem Landesjugendamt erfüllt er Aufgaben, die rheinlandweit wahrgenommen werden. Der LVR ist Deutschlands größter Leistungsträger für Menschen mit Behinderungen und engagiert sich für Inklusion in allen Lebensbereichen. „Qualität für Menschen“ ist sein Leitgedanke.

Die 13 kreisfreien Städte und die 12 Kreise im Rheinland sowie die StädteRegion Aachen sind die Mitgliedskörperschaften des LVR. In der Landschaftsversammlung Rheinland gestalten Politikerinnen und Politiker aus den rheinischen Kommunen die Arbeit des Verbandes.